



### Presseschau vom 12.01.2019

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

### abends / nachts:

de.sputniknews.com: **Venezuelas Wirtschaft retten: Russland eilt zu Hilfe – Medien**

Die Wirtschaft von Venezuela ist momentan in einem katastrophalen Zustand: Ende 2018 betrug die jährliche Inflation 1,3 Millionen Prozent. Die Nachrichtenseite „The Bell“ will nun erfahren haben, dass russische Behörden Karakas Hilfe angeboten haben.

Im November hat laut „The Bell“ eine Delegation russischer Regierungsvertreter unter Leitung des Vize-Finanzminister Sergej Stortschak die Hauptstadt des südamerikanischen Staates besucht. Die Beamten sollen dort eine Liste mit ihren Vorschlägen zur Stabilisierung der Wirtschaft vorgelegt haben.

Die russischen Ökonomen sollen unter anderem vorgeschlagen haben, ein Grundeinkommen für venezolanische Haushalte einzuführen. Bis Januar 2019 war das Benzin für die Bürger des Landes kostenfrei. Ab diesem Jahr wollte die venezolanische Regierung das Benzin zu Marktpreisen verkaufen, allerdings mit Subventionen für die Bürger.

Ein Grundeinkommen ist aus Sicht der russischen Experten aber eine bessere Maßnahme gegen die Armut: So könne das Geld sowohl für das Benzin als auch für andere Ausgaben des Haushalts verwendet werden.

Als weitere Maßnahme schlugen russische Beamte demnach vor, das Drucken von Geld einzustellen und damit die Finanzierung des Budgets durch Emissionen zu stoppen.

Außerdem wurde laut der Nachrichtenseite den Venezolanern empfohlen, eine Steuerreform nach russischem Muster umzusetzen, mit Schwerpunkt auf indirekte Steuern. Karakas könnte

zudem die Ölförderung erhöhen und den Export maximal diversifizieren. Venezuela steckt seit 2014 wegen des Öl-Preisverfalls in einer tiefen Wirtschaftskrise. Dies hat wiederum zu Massenunruhen im Land geführt. Die Geschäfte sind oft leer. Im Dezember 2018 hatte der venezolanische Präsident Nicolas Maduro erklärt, dass Russland mehr als fünf Milliarden US-Dollar in die Erdölbranche Venezuelas und mehr als eine Milliarde Dollar in die Bergbauindustrie stecken wolle. Zudem soll Russland 600 Tonnen Getreide an Venezuela liefern.

#### Ukrinform.ua: **Murajew reicht Unterlagen als Präsidentschaftskandidat ein**

Der fraktionslose Parlamentsabgeordnete und Vorsitzende der Partei „Unsere“, Jewgen Murajew, hat bei der Zentralwahlkommission der Ukraine Unterlagen für die Beteiligung an den Präsidentschaftswahlen der Ukraine am 31. März 2019 eingereicht.

Das wurde Ukrinform vom Pressedienst der Zentralwahlkommission mitgeteilt.

Am Donnerstag, dem 10. Januar, hat die politische Partei „Unsere“ auf dem Parteitag den fraktionslosen Deputierten Jewgen Murajew als Präsidentschaftskandidaten aufgestellt.

Die Aufstellung von Kandidaten, von Parteien oder die Selbstaufstellung, für den Posten des Präsidenten des Staates und die Einreichung von Dokumenten bei der Zentralwahlkommission werden vom 31. Dezember 2018 bis zum 3. Februar 2019 dauern. Vor der Einreichung von Dokumenten bei der Zentralwahlkommission muss der Präsidentschaftskandidat oder die Partei, die ihn aufstellt, eine Anzahlung in Höhe von 2,5 Millionen Hrywnja (UAH) leisten.

Die Registrierung der Präsidentschaftskandidaten läuft bis zum 8. Februar, inklusive.

Die Anträge über die Absage der Beteiligung an den Präsidentschaftswahlen nimmt die Zentralwahlkommission bis zum 7. März an.

Die Wahlagitation beginnt am nächsten Tag nach der Registrierung eines Kandidaten für den Posten des Präsidenten und endet um 24:00 Uhr am 29. März.

Die Erstellung der Wahlkreiskommission wird bis zum 18. Februar und der Bezirkswahlkommissionen bis zum 12. März dauern.

Die Abstimmung bei den Präsidentschaftswahlen findet am 31. März 2019 von 8:00 bis 20:00 Uhr statt.

Die Abstimmungsergebnisse muss die Zentralwahlkommission bis zum 10. April fertig haben.

Spätestens 30 Tage nach der Bekanntgabe der offiziellen Ergebnisse muss der neugewählte Präsident sein Amt antreten.

Wie berichtet hatte die Werchowna Rada der Ukraine (auch Oberste Rada) am 26. November die Präsidentschaftswahlen für Sonntag, den 31. März 2019, festgelegt.

Außerdem müssen gemäß den Anforderungen des Gesetzes die nächsten Parlamentswahlen Ende Oktober nächsten Jahres stattfinden.



[https://static.ukrinform.com/photos/2016\\_08/thumb\\_files/630\\_360\\_1471271578-3313.jpg](https://static.ukrinform.com/photos/2016_08/thumb_files/630_360_1471271578-3313.jpg)

de.sputniknews.com: **Moskau zu deutscher Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat: Kollektiver Beschluss nötig**

Die Entscheidung über die Gewährung eines ständigen Sitzes im UN-Sicherheitsrat an Deutschland muss laut der amtlichen Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, durch alle Mitgliedsländer der Organisation und nicht in einem bilateralen Format getroffen werden.

„Die Frage der ständigen Mitgliedschaft Deutschlands im UN-Sicherheitsrat wird nicht in einem bilateralen Format entschieden. Eine solche Entscheidung muss durch die UN-Vollversammlung im Ergebnis der in New York laufenden zwischenstaatlichen Verhandlungen unter Teilnahme aller Mitgliedsstaaten der Uno getroffen werden. Und Russland plädiert dafür, die Suche nach einem Reformmodell fortzusetzen, das die größtmögliche Unterstützung durch alle Mitgliedsstaaten genießen kann“, sagte Sacharowa am Freitag bei einem Briefing.

Sie entsprach damit der Bitte, die für den 22. Januar angesetzte Unterzeichnung des französisch-deutschen Vertrages über Zusammenarbeit zu kommentieren. Das Dokument widerspiegelt unter anderem das Streben Deutschlands nach einem ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat, das von Frankreich unterstützt wird.

„Ich kann in diesem Zusammenhang sagen, dass wir das zu unterzeichnende bilaterale französisch-deutsche Dokument, dessen Vorbereitung geheim gehalten wird, nur schwerlich kommentieren können, da sein Text noch nicht veröffentlicht ist“, so Sacharowa.

Es sei nichts Neues daran, dass Paris die Bestrebungen Deutschlands nach einem ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat unterstütze, so die Sprecherin. „Die französische Seite hatte bereits früher wiederholt darauf verwiesen. Eine diesbezügliche Formulierung war unter anderem in der gemeinsamen Deklaration des Präsidenten Frankreichs und des Premierministers Großbritanniens vom März 2008 enthalten und wurde von der französischen Delegation im Sicherheitsrat bekräftigt.“

Russland plädiere konsequent für einen Ausbau des Sicherheitsrates durch die Aufnahme von Vertretern der Entwicklungsländer und gegen jegliche Versuche, das Vetorecht einzuschränken, das es den ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates ermögliche, Resolutionen zu blockieren, betonte die russische Außenamtssprecherin.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32356/03/323560376.jpg>

de.sputniknews.com: **Goebbels wäre begeistert – Springerpresse hetzt mit Nazijargon gegen russische Medien**

Die Bild-Zeitung benutzt wieder Nazi-Sprache, um gegen russische Medien zu hetzen. In einem Artikel wird vom Fernsehsender RT Deutsch als „Feindsender“ geschrieben. Auch andere deutsche Medien haben in dieser Woche gegen aus Deutschland berichtende russische Medien gewettert. Eine abgestimmte Propaganda-Kampagne steht natürlich nicht dahinter. Im Prinzip ist über den Sudeljournalismus, der neuerdings unter der Ägide von Chefredakteur Julian Reichelt bei der Bild-Zeitung wieder hoffähig geworden ist, schon seit geraumer Zeit alles Wesentliche gesagt und geschrieben worden. Das Gleiche gilt für Reichelts albernen Kettenhund Julian Röpcke, der auf seinem Twitter-Account jeden Tag schmerzbefreit vorführt, wo und wie man endet, wenn man jeden Tag sein Spiegelbild anbrüllt und anspuckt, weil man panische Angst hat, sich der realen Welt und damit anderen Meinungen zu stellen. Eigentlich ist die Bild-Zeitung schon eine Weile nicht satisfaktionsfähig.

Eigentlich. Aber gerade ein russisches Medium kann und darf nicht schweigen, wenn immer wieder aus dem Hause Axel Springer eine Sprache gepflegt wird, die zum Holocaust geführt hat. Und zu mehr als 20 Millionen ehemaliger sowjetischer Bürger, die entweder durch die Kriegshandlungen nach dem Angriff Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion ihr Leben verloren oder in Vernichtungslagern der Nazis umkamen. Die Grauen des Zweiten Weltkrieges, insbesondere auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion begannen mit eben jener Sprache, die der Bild-Zeitung des Axel-Springer-Konzerns in letzter Zeit so leicht über die virtuellen und echten Lippen zu kommen scheint....

(vollständiger Artikel unter: <https://de.sputniknews.com/kommentare/20190111323560575-nazi-bild-propaganda-medien/> )

de.sputniknews.com: **Moskau nennt Hauptbedingung für Friedensabschluss mit Japan**

Für die Lösung des Problems des Friedensvertrages zwischen Russland und Japan müsste Tokio nach Auffassung Moskaus die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges voll anerkennen. Das russische Außenministerium hat Japan aufgerufen, sich mit dem Fazit des Zweiten Weltkrieges, „einschließlich der Souveränität unseres Landes über die Kurilen-Inseln“, einverstanden zu erklären.

„Es ist notwendig, die bilateralen Beziehungen auf ein qualitativ neues Niveau eines echten

Vertrauens und einer echten Partnerschaft zu heben und die gegenseitige Verständigung zwischen den Völkern Russlands und Japans zu festigen“, hieß es.

Diese Erklärung wurde vor dem Moskau-Besuch des japanischen Außenministers Taro Kono abgegeben, der am Samstag, dem 12. Januar, in der russischen Hauptstadt erwartet wird. Im Mittelpunkt der Verhandlungen soll das Problem des Abschlusses eines Friedensvertrages zwischen Tokio und Moskau stehen.

Wie der japanische Premier Shinzo Abe zuvor erklärt hatte, beansprucht Tokio die Südkurilen. Dabei betonte Abe, eine mögliche Übergabe der genannten Inseln sehe keine Aussiedlung der dort ansässigen russischen Bürger vor. Japan plane auch, Russland vorzuschlagen, auf gegenseitige Entschädigungsansprüche in Bezug auf die vier Kurilen-Inseln zu verzichten, die in Japan als „nördliche Territorien“ bezeichnet werden.

Daraufhin wurde der japanische Botschafter in Moskau, Toyohisa Kozuki, ins russische Außenministerium zitiert. Er wurde darauf hingewiesen, dass derartige Äußerungen das Wesen der Vereinbarungen zwischen Moskau und Tokio in grober Weise verletzen würden. Die Beziehungen zwischen Russland und Japan sind seit Jahrzehnten durch das Fehlen eines Friedensvertrages getrübt. Japan beansprucht die südlichsten Inseln des Kurilen-Archipels: Kunaschir, Schikotan, Iturup und Chabomai, und beruft sich dabei auf den bilateralen Handels- und Grenzvertrag aus dem Jahr 1855.

Moskau hingegen verweist darauf, dass die Südkurilen im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges in den Staatsbestand der Sowjetunion (Rechtsvorgängerstaat Russlands) aufgenommen wurden und die völkerrechtlich verankerte russische Souveränität über diese Territorien nicht anzuzweifeln ist.

## **vormittags:**

### **de.sputniknews.com: Deutscher Journalisten-Verband fordert: Keine Rundfunklizenz für RT**

Der Deutsche Journalisten-Verband (DJV) hat aufgerufen, dem russischen TV-Sender RT keine Rundfunklizenz zu erteilen. Für den DJV ist RT kein Massenmedium, sondern ein Propagandainstrument. Der russische Sender hatte den DJV einst selbst mit einer Falschmeldung erwischt.

Der DJV fordere die Landesmedienanstalten auf, dem Kanal Russia Today für seine Webseite RT Deutsch keine Rundfunklizenz zu erteilen, teilte der Verband am Freitag mit. In der Mitteilung wird der DJV-Bundesvorsitzende Frank Überall mit den Worten zitiert: „Russia Today ist für uns kein Informationsmedium, sondern ein Propagandainstrument des Kreml (...) „das mit Desinformation Politik zu machen versucht.“

Laut Überall hat RT in der Vergangenheit „immer wieder Geschichten erfunden oder tatsächliche Ereignisse einseitig dargestellt“. Es sei unverständlich, dass der langjährige MDR-Chefredakteur offenbar seinen Ruf aufs Spiel setze, um Putins Sprachrohr den Weg an die Seite des Qualitätsrundfunks zu ebnet.

Mit diesem Statement reagierte der DJV-Vorsitzende auf Berichte, nach denen der Medienberater und frühere MDR-Chefredakteur Wolfgang Kenntemich von RT damit beauftragt sein soll, die Erteilung einer Rundfunklizenz an RT Deutsch in die Wege zu leiten. Vor rund zwei Jahren hatte RT den DJV-Pressesprecher Hendrik Zörner „faktenfreier Verleumdung“ unter „Einsatz von Fake News“ im Fall Lisa bezichtigt.

Grund dafür war Zörners Behauptung, RT Deutsch habe „das Märchen einer angeblichen Vergewaltigung in die Welt gesetzt und damit diplomatische Verwicklungen ausgelöst“. Der DJV-Sprecher gestand damals ein, dass seine Behauptung falsch gewesen sei, und



entschuldigte sich.

lug-info.com: In den letzten 24 Stunden haben die Kiewer Truppen viermal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von Frunse, Logwinowo und Shelobok. Geschossen wurde mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen und Granatwerfern.

de.sputniknews.com: **Kontakt zum einzigen Weltraumteleskop Russlands abgebrochen**

Der Kontakt zum russischen Weltraumteleskop „Spektr-R“ ist teilweise verloren gegangen. Dies teilte der Vorstand des Instituts für Weltraumforschung der Russischen Akademie der Wissenschaften in Moskau Nikolai Kardaschow am Samstag mit.

Der Kontakt zum russischen Weltraumteleskop „Spektr-R“ ist teilweise verloren gegangen. Dies teilte der Vorstand des Instituts für Weltraumforschung der Russischen Akademie der Wissenschaften in Moskau Nikolai Kardaschow am Samstag mit.

„Derzeit wird versucht, die Situation zu beheben... Es gibt dort verschiedene Kontaktsysteme, ein Teil davon funktioniert und einer nicht... Solche Ausfälle sind bereits passiert. Hoffentlich kann alles wieder in Gang kommen“, erläuterte er.

Kardaschow zufolge empfängt das Gerät keine Befehle mehr, jedoch übermittelt es weiterhin wissenschaftliche Daten an die Forscher. Mitarbeiter des Herstellerbetriebs würden zurzeit an der Wiederaufnahme des bilateralen Kontaktes arbeiten. Bislang seien aber alle Versuche gescheitert.

Ursprünglich sollte das Teleskop nur bis 2016 in Betrieb sein. Später wurde die Einsatzdauer bis Ende 2019 verlängert.

Ukrinform.ua: **Knapp sieben Milliarden für Unterstützung der Agrarier eingeplant – Hrojsman**

Im Staatshaushalt werden 6,9 Mrd. Hrywnja für die Unterstützung der Agrarier veranschlagt. Dies schrieb der Premierminister Wolodymyr Hrojsman in Facebook.

"Die Regierung führt Programme für die Unterstützung der Farmer, damit sich unser Agrar-Industrie-Komplex maximal effektiv entwickelt", schrieb Hrojsman.

Man solle die ukrainischen Agrarier unbedingt unterstützen, da sie einen erheblichen Teil des Bruttoinlandsproduktes (BIP) des Landes gestalten, betonte der Regierungschef.

de.sputniknews.com: **77 Millionen Mal: Russlands Außenamt von IP-Adressen Dutzender Länder attackiert**

Das russische Außenministerium hat nach Angaben der Pressesprecherin Maria Sacharowa innerhalb der ersten neun Monate des vergangenen Jahres mehr als 77 Millionen Hackerangriffe auf seine Webseite registriert.

„In der Zeit vom 1. Januar bis zum 30. September 2018 wurden über 77 Millionen Einwirkungen auf das Portal des Außenministerium Russlands festgestellt. Nach Angaben unserer Experten wurden die Hackerattacken von IP-Adressen unternommen, die auf dem Territorium der USA, Japans, der Ukraine, Rumäniens, Deutschlands, Dänemarks, Italiens, Großbritanniens, Kanadas, der Niederlande, Saudi-Arabiens, Polens, der Türkei und Chinas registriert sind“, verkündete sie bei einem Briefing.

Beispielsweise seien am 20. April 2018 „nicht nur auf die Webseite des Ministeriums, sondern auch auf alle öffentliche Ressourcen des Außenministeriums im Internetraum umfassende DDoS-Angriffe“ fixiert worden. Die gesamte Kapazität dieser Attacke, die die Webseite des Ministeriums und die Internetseiten der russischen Botschaften kurzzeitig außer Betrieb gesetzt habe, habe sich auf mehr als 150 Gigabyte pro Sekunde belaufen, so Sacharowa.

Das Außenministerium habe alle Informationsangriffe abgewehrt, so die Sprecherin weiter: Die Behörde habe keine „umfassende destruktive Einwirkung auf die Integrität der offiziellen Webseite des Außenministeriums“ festgestellt. „Wir tun alles, um die Ressourcen der russischen Einrichtungen im Ausland zu schützen“, äußerte sie.

### **Dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 11. Januar 3:00 bis 12. Januar 3:00**

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 12.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: Schirokaja Balka, Donezk (Trudowskije), Donezker Flughafen (Volvo-Zentrum), Krutaja Balka, Shabitschewo, Jasinowataja, Sachanka, Leninskoje, Kominternowo. Opfer unter den friedlichen Bürgern und Schäden an ziviler Infrastruktur wurden bisher nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen bewaffneten Formationen abgefeuerten Geschosse betrug 90.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der abgefeuerten Geschosse mit einem Kaliber unter 12,7 mm nicht in die Gesamtstatistik der Zahl der Geschosse im täglichen Bericht eingeht.

In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgeschossenen Geschosse 50.

Ab 01:01 am 29. Dezember 2018 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung im Zusammenhang mit den Neujahrs- und Weihnachtsfeiertagen in Kraft.

**nachmittags:**

### **de.sputniknews.com: Russischer OSZE-Botschafter: Keine Veränderungen beim ukrainischen Konflikt erwartet**

Radikale Veränderungen beim ukrainischen Konflikt sind laut dem ständigen Vertreter Russlands bei der OSZE Alexander Lukaschewitsch 2019 unter Berücksichtigung der bevorstehenden Wahlen in der Ukraine nicht zu erwarten.

„2019 wird wahrscheinlich auch zum Jahr der verpassten Chancen mit Rücksicht auf den bevorstehenden doppelten Wahlkampf in der Ukraine – die Präsidentschaftswahlen am 31. März und die Parlamentswahlen im Herbst. Deswegen ist in der Kriegsregion keine radikale Veränderung in Sicht“, ergänzte der Diplomat im Rahmen der Videokonferenz Moskau-Wien bei MIA Rossiya Segodnya am 11. Januar.

Der Grund des andauernden Konflikts liege in Kiew, was mehrmals von der Sonderbeobachtermission der OSZE festgestellt worden sei, so der Diplomat.

„2018 stand man in der ukrainischen Konfliktregion mehrfach am Rande einer neuen militärischen Konfrontation. Schuld daran waren in erster Linie die ukrainischen Streitkräfte. So sehr sich die Vertreter der Ukraine auch um die Ausklammerung ihrer Handlungen bemühen, stellt die OSZE-Sondermission immer weiter fest, dass Kiew der Hauptverursacher der Spannungen ist.“

Russland habe die OSZE-Sondermission mehrmals darauf aufmerksam gemacht, dass die ukrainischen Streitkräfte die so genannten Sicherheitszonen besetzen würden, die frei von schweren Waffen seien, betonte Lukaschewitsch.

„Wir kritisieren die OSZE-Sondermission scharf dafür, dass sie die Dynamik der Verschlechterung der politisch-militärischen Lage in der Kriegsregion aufgrund der Handlungen der ukrainischen Streitkräfte nicht deutlich wiedergibt. Die Ortschaften Luganskoje, Petrowskoje und Solotoje sollten Abgrenzungszonen zwischen den ukrainischen Truppen und den Miliztruppen vom Donbass werden. Stattdessen sind sie Stützpunkte für weitere Angriffe der ukrainischen Streitkräfte geworden“, sagte der Diplomat.

Die so genannte neutrale Zone im Donbass trennt die ukrainischen Streitkräfte von den Volksmilizen der selbsternannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk. Sie wurde in den Minsker Vereinbarungen festgelegt. Eine Besetzung der neutralen Zone durch eine der Konfliktparteien gilt als Verletzung dieses internationalen Abkommens.

Der russische OSZE-Botschafter schloss die Möglichkeit neuer Provokationen an der Kontaktlinie seitens der ukrainischen Armee nicht aus. Es gebe aber die Hoffnung, dass „wir die Situation stabilisieren und die Lage in einer Reihe von Regionen verbessern, die für die Menschen auch sicherer werden.“

Der russische OSZE-Botschafter verwies zudem auf einen zunehmenden ukrainischen Nationalismus, eine unannehmbare Situation mit Unterdrückung der Gläubigen sowie der russischsprachigen Bevölkerung. Die Einhaltung der Menschenrechte gehöre auch zum Mandat der OSZE-Sondermission. „Die Sondermission ist aber uneinheitlich, ihr gehören viele westeuropäische Vertreter an, deswegen sind ihre Berichte nicht kritisch genug“, so Lukaschewitsch.

Dabei sei die OSZE-Sondermission ein deutlich hemmender Faktor in der Konfliktregion.

„Die Anwesenheit von OSZE-Beobachtern ist ein Stabilisierungsfaktor, der die ukrainischen Streitkräfte diszipliniert und sie hindert, viel zu ungehemmt in der Region zu agieren.“

#### **Ukrinform.ua: Ukraine kann sich nicht leisten, blockfrei zu sein – Fris**

Die Ukraine könne sich nicht leisten, ein blockfreier Staat zu sein.

So kommentierte die Ministerin für Angelegenheiten von Veteranen, die ehemalige Leiterin der Ständigen Delegation der Ukraine in der NATO-PV Iryna Fris die Arbeit der ukrainischen Delegation bei der Sitzung des Parlamentsrats Ukraine-NATO in Brüssel, meldet Ukrinform unter Berufung auf die Webseite "Block von Petro Poroscheno "Solidarnist".

"Viele Jahre hat Kyjiw zwischen dem Osten und dem Westen zu balancieren versucht. Und dieses misslungene Experiment hat dazu geführt, dass wir einen Teil des Territoriums verloren, und ukrainische Armeeangehörige im Krieg mit Russland weiter sterben. Die Ukraine kann sich nicht leisten, ein blockfreier Staat zu sein. Ich bin überzeugt, dass die Ukraine in der NATO sein wird, was auch immer man sagen mag", sagte Fris.

Darüber hinaus betonte die Ministerin, dass der Kurs der Ukraine auf die NATO-Mitgliedschaft der einzig richtige sei.

"Der NATO-Beitritt werde den Krieg mit Russland unmöglich machen. Wir erhalten eine Chance für die Entwicklung, werden unsere Wirtschaft auf ein qualitativ neues Niveau hochbringen. Und das Wichtigste ist, dass wir uns vollkommen sicher fühlen werden. Die Möglichkeit des NATO-Beitritts ist eine historische Chance der Ukraine, die wir nicht meiden müssen", betonte die Ministerin.

#### **armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung des Volksmiliz der DVR zu Lage am 12.01.2019**

Obwohl der Gegner nicht die Absicht hatte, seine Verpflichtungen während der Geltungsdauer des „Weihnachts“ waffenstillstands vollständig einzuhalten, war eine relative Verringerung der



Zahl der Beschüsse festzustellen. **In den letzten Tagen** stellen wir ein **Anwachsen der Zahl und der Intensität der Beschüsse sowie eine Verwendung von Waffen größeren Kalibers** fest.

Insgesamt wurden **in den letzten 24 Stunden 12 Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung** festgestellt und die Gebiete von **neun Ortschaften der Republik** beschossen.

**In Richtung Gorlowka** haben die Kriegsverbrecher der 58. Panzergrenadierbrigade unter Anführerschaft von Drapatyj **Schirokaja Balka** mit Mörsern des Kalibers 82mm beschossen. **In Richtung Donezk** wurden von den Positionen der 28., der 93. mechanisierten und der 57. Panzergrenadierbrigade und Anführerschaft der Kriegsverbrecher Martschenko, Klotschkow und Mischantschuk aus **Krutaja Balka, Jasinowataja, Shabitschewo, Trudowskije und das Gebiet des Flughafens von Donezk** mit Mörsern des Kalibers 82mm, Granatwerfern und Schusswaffen, darunter auch großkalibrigen, beschossen.

**In Richtung Mariupol** haben die Kriegsverbrecher der 79. Luftsturmbrigade unter Anführerschaft von Kuratsch **zum ersten Mal seit Inkrafttreten des „Weihnachts“waffenstillstands“ Panzer verwendet**. Auf das Gebiet von **Leninskoje** haben die ukrainischen Kämpfer 12 125mm-Panzergeschosse abgeschossen. Außerdem haben die Kämpfer von Kuratsch **Kominternowo, Leninskoje und Sachanka** mit großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

Opfer unter der friedlichen Bevölkerung und Zerstörungen von Objekten der zivilen Infrastruktur werden noch ermittelt.

Ein anschaulicher Beweis dafür, dass die ukrainischen bewaffneten Formationen ein weiteres Mal einseitig den Prozess der friedlichen Regelung des Konflikts sabotiert haben, ist der Akt der Aggression der 93. Brigade gegen drei Mitarbeiter des kommunalen Unternehmens „Woda Donbassa“. Bezüglich der Zahl der Kriegsverbrechen gegen friedliche Einwohner stehen die Kämpfer der 93. an der Spitze unter den Brigaden der bewaffneten Formationen der Ukraine und jetzt „wetteifern“ sie mit den nationalistischen Freiwilligenformationen, die das Genozid an der Bevölkerung des Donbass 2014 begonnen haben.

Auf das Konto des Anführers dieser bewaffneten Formation Klotschkow gehen allein im Jahr 2018: die Vernichtung eines „BelAS“-Lastwagens und der Mord an seinem Fahrer; die Vernichtung eines „Gazel“-Fahrzeugs, das den Einwohnern des frontnahen Gebiet von Dokutschajewsk Brot lieferte; die Vernichtung von zwei Sanitärfahrzeugen vom Typ „UAS“ und „URAL“, der Mord an sechs Personen, die sich in diesen befanden – zwei Fahrer, drei Ärzte und ein verletzter Soldat. Jetzt hat Klotschkow noch drei weitere verletzte Mitarbeiter des kommunalen Unternehmens „Woda Donbassa“ auf sein blutiges Konto genommen. Ich merke an, dass die Propagandisten von den Kräften für informationspsychologische Operationen und den kontrollierten ukrainischen Massenmedien nach dem von den Kämpfern Klotschkows begangenen weiteren Kriegsverbrechen sich darauf gestürzt haben, es zu rechtfertigen.

Gestern hat der Fernsehsender „1+1“, der an der Spitze der führenden ukrainischen propagandistischen Ressourcen steht, die ständig Mörder decken, ein Video veröffentlicht, das von ukrainischen Kämpfern von ihren Positionen aus gedreht wurde, aus dem sehr klar wird, dass die Kämpfer im Visier deutlich ein ziviles Fahrzeug sahen. Es ist charakteristisch, dass die Propagandisten ein Stück des Videos herausgeschnitten haben, auf dem die Richtung der Schüsse und der Augenblick der Vernichtung des Fahrzeugs zu sehen ist. Genauso sind sie am 22. Februar des letzten Jahres vorgegangen, als die Kämpfer der 93. Brigade ein Sanitätsfahrzeug vom Typ „UAS“ vernichtet haben. Sie haben nämlich das Stück des Videos herausgeschnitten, auf dem die Silhouette des Autos sichtbar war. Dabei behaupteten die Propagandisten, dass sie angeblich auf einen unserer Schützenpanzer geschossen hätten. In Richtung Mariupol wurde im Verantwortungsbereich der 79. Luftsturmbrigade die Arbeit eines Filmteams des Fernsehsenders „Ukraina“ festgestellt. Nach uns vorliegenden

Informationen hat der Kommandeur der Besatzungskräfte Najew den Propagandisten aus dem ihm unterstellten Pressezentrum die Aufgabe gestellt, gemeinsam mit den eingetroffenen Journalisten inszenierte Videos zu erstellen, die darauf gerichtet sind, die Volksmiliz der Republik des Bruchs des Regimes der „Ruhe“ zu beschuldigen. Im Verlauf der Erstellung der inszenierten Reportage wurde ein Soldat der 79. Luftsturmbrigade in der Folge von unvorsichtigem Umgang mit der Waffe verletzt, der gemeinsam mit seinen „Kollegen“ das Feuer in Richtung unserer Positionen eröffnete. Auf Anweisung des Kommandeurs der 79. Luftsturmbrigade Kuratsch wurde befohlen, über diesen Vorfall nicht an den Stab der OOS zu berichten.

Vor kurzem haben wir mitgeteilt, dass in demselben Gebiet die Arbeit einer Gruppe von Offizieren unter Leitung des Kommandeurs der Luftsturmtruppen Sabrodskij festgestellt wurde. Auf einer Arbeitssitzung erteilte Sabrodskij Anweisungen zur Organisation und Durchführung von Provokationen im Verantwortungsbereich der 79. Brigade **in der nächsten Woche**. Ich erinnere daran, dass in diesem Zeitraum der **Besuch des Vorsitzenden der OSZE Miroslav Lajčák im Donbass** geplant ist sowie ein **Besuch der Außenminister einer Reihe von Staaten in Mariupol**. Im Zusammenhang damit erwarten wir von der ukrainischen Seite eine weitere „schmutzige“ Provokationen und einen Strom von Lügen in den Sendungen der ukrainischen Fernsehsender.

de.sputniknews.com: **Mutmaßlicher Gründer einer IS-Zelle im Nordkaukasus verhaftet**  
Die russischen Sicherheitskräfte haben den mutmaßlichen Gründer einer IS\*-nahen Terrorzelle festgenommen, wie am Samstag das Nationale Anti-Terror-Komitee (NAK) mitteilte.

„Im Zuge operativer Suchmaßnahmen wurde auch ein aus Kaspijsk (Stadt in der russischen Teilrepublik Dagestan im Nordkaukasus – Anm. d. Red.) stammender Verdächtiger von Sicherheitsbehörden verhaftet. Er war zuvor wegen Unterstützung Krimineller und Bedrohung von Polizeibeamten als straffällig eingestuft worden. Er hat ein Geständnis über die Schaffung einer Terrorzelle sowie Pläne und Absichten ihrer Mitglieder abgelegt“, hieß es. Am Freitag berichtete das NAK über die Festnahme von drei islamistischen Kämpfern in Dagestan. In ihrem Fahrzeug wurden demzufolge Maschinenpistolen und Munition gefunden. Die Polizei konnte ihre Identitäten feststellen. Die Männer sollen an der Anwerbung junger Russen für spezielle Tätigkeiten der IS-Miliz in Kaspijsk beteiligt gewesen sein. Diese sei während einer Anti-Terror-Operation im Jahr 2017 geschlagen worden, betonte die Behörde.

de.sputniknews.com: **Russland liquidiert strahlenbiologisches Militärlabor**

Das Unternehmen „Radon“ hat im Jahr 2018 die Stilllegung eines Militärlabors im Leningrader Gebiet abgeschlossen. Dies geht aus einer auf der Webseite des russischen Atomsicherheitsprogramms veröffentlichten Mitteilung hervor.

„Radon“ gehört der russischen staatlichen Gesellschaft „Rosatom“ und befasst sich mit der Entsorgung von Atommüll.

„Alle Arbeiten vor Ort wurden im November abgeschlossen. Die Bestrahlungskontrolluntersuchung auf dem Territorium des Labors für Strahlungsbiologie hat keine radioaktive Verseuchung gezeigt“, hieß es auf der Webseite des föderalen Zielprogramms „Gewährleistung von Atom- und Strahlungssicherheit für 2016-2020 und bis 2030“.

Das strahlenbiologische Militärlabor des 12. Zentralen Forschungsinstituts des russischen Verteidigungsministeriums im Gebiet Priorski wurde im Jahr 1970 für Kernkraftuntersuchungen errichtet. Ab 1986 fanden dort keine Arbeiten mit radioaktiven Stoffen mehr statt.

2017 wurden strahlungskontaminierte Laboranlagen demontiert und die Bauteile entseucht.

Der dadurch entstandene radioaktive Müll wurde 2018 abtransportiert und für die Endlagerung übergeben. Auf dem gesäuberten Territorium befindet sich jetzt ein Rasen.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31193/10/311931089.jpg>

#### Ukrinform.ua: **Drohnen-Deal: Ukraine unterzeichnet Kaufvertrag mit Türkei**

Der Präsident der Ukraine Petro Poroschenko teilte mit, es wurde das Abkommen über den Kauf von türkischen Drohnen Bayraktar TB2 für das ukrainische Militär unterzeichnet. Dies schrieb der Staatschef in Facebook.

"Wie wir mit dem Präsidenten der Türkei Recep Tayyip Erdogan verabredet hatten, wurde das Abkommen über den Kauf von türkischen Angriffsdrohnen Bayraktar TB2 für das ukrainische Heer unterzeichnet", schrieb Poroschenko.

Poroschenko machte deutlich, dass das Abkommen zwischen dem staatlichen Unternehmen Ukrspesexport, das dem staatlichen Rüstungskonzern Ukroboronprom angehört, und dem türkischen Unternehmen Baykar Makina ein Teil der Maßnahmen für den Ausbau der Militär-technischen Kooperation zwischen der Ukraine und der Türkei sei und dem "strategischen Kurs der Ukraine auf die Allianz vollkommen entspreche".

"Wir setzen fort, die ukrainische Armee mit modernen Waffen, die den NATO-Standards gerecht sind, weiter umzurüsten", betonte der Präsident.

#### de.sputniknews.com: **Ukraine wird türkische Kampfdrohnen kaufen – Poroschenko**

Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko hat auf seiner Facebook-Seite am Samstag die Unterzeichnung eines Vertrags zur Lieferung von türkischen Kampfdrohnen an die Ukraine verkündet.

Das ukrainische Rüstungshandelsunternehmen und der türkische Waffenhersteller Baykar Makina unterzeichneten einen Vertrag über die Lieferung von Bayraktar TB2 Kampfdrohnen. Laut Poroschenkos Berater Juri Birjukow sollen sechs Drohnen, hunderte Raketen und mehrere Kontrollanlagen geliefert werden. Außerdem sieht der Vertrag Personalausbildung und Vorbereitung der gemeinsamen Herstellung von Teilen der Komplexe in der Ukraine vor.

„Diese neuesten Kampfdrohnen operativ-taktischen Niveaus verfügen über hochtechnologische Eigenschaften und können außerdem mit modernen hochpräzisen Raketenwaffen für die Zerstörung von gepanzerten Fahrzeugen, Ingenieurbauwerken und Festungsanlagen sowie Seezielen ausgerüstet werden“, erklärte der ukrainische Staatschef. Poroschenko bezeichnete die Lieferungsvereinbarung als Teil der Maßnahmen zum Ausbau

der militärischen Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und der Türkei.

Laut ihm entspricht dieser Schritt vollständig dem „strategischen Kurs der Ukraine auf die Nato“ und trägt bei der Integration des ukrainischen rüstungsindustriellen Komplexes in den globalen Waffenmarkt bei.

Die Möglichkeit der Anschaffung von Bayraktar TB2 wurde bereits im November 2018 erörtert.

Russland hat wiederholt vor Waffenlieferungen an die Ukraine gewarnt, da sie zu einer Eskalation des Konflikts im Donbass führen und die Umsetzung der Minsker Abkommen verhindern könnten.

### Mil-Inr.info: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant A.W. Marotschko**

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat sich nicht wesentlich verändert und **bleibt angespannt**.

**In den letzten 24 Stunden** hat der Gegner das Regime der Feueereinstellung **viermal** verletzt. Von den Positionen der Einheiten der 10. Gebirgsturmbriade der ukrainischen Streitkräfte aus wurden auf Befehl des Kriegsverbrechers Subanitsch die Gebiete von **Frunse und Shelobok** mit 120mm- und 82mm-Mörsern und Granatwerfern beschossen.

Auf Befehl des Kommandeurs der 72. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte des Kriegsverbrechers Tatus wurde das Gebiet von **Logwinowo** mit Schützenpanzerwaffen beschossen.

Die ukrainische Seite konzentriert weiter Kräfte und Mittel in der Konfliktzone.

Nach uns vorliegenden Informationen formiert sich am südöstlichen Rand von Swatowo eine Kolonne von Fahrzeug- und Spezialmilitärtechnik aus 150 Stück. Außerdem wurde nicht weit davon die Landung von drei Militärhubschraubern vom Typ MI-24 und von einem vom Typ MI-8 festgestellt.

Die ukrainischen Streitkräfte verletzen weiter die Minsker Vereinbarungen im Bereich der sogenannten Operation der Vereinigten Kräfte und versuchen dabei die Verantwortung auf Soldaten der Volksmiliz der LVR zu schieben.

So wird nach Informationen unserer Quellen in der 54. Brigade der ukrainischen Streitkräfte eine Ermittlung zur Vernichtung einer Drohne der OSZE durchgeführt. Zur Ermittlung der verantwortlichen Personen hat der Stab der OOS eine Kommission in die Brigade geschickt. Außerdem wird die Tatsache des Beschusses durch die ukrainische Seite im Bericht der Mission vom 10. Januar mit Angabe von Koordinaten und Richtung des Feuers bestätigt. Heute hat der Kommandeur der OOS Najew kontrollierten Massenmedien die Anweisung erteilt, eine offensichtlich falsche Information zu verbreiten, die der realen Situation widerspricht, um die Verantwortung vom Kommandeur der 54. Brigade Oberst Majstrenko und der Luftabwehrmannschaft zu nehmen.

Diese Handlungen von Soldaten der ukrainischen Streitkräfte bestätigen die Tatsache, dass das Kommando der OOS nicht in der Lage ist, seine Untergebenen zu kontrollieren und eine Einhaltung des Weihnachtswaffenstillstands zu garantieren und es bestätigt auch die zielgerichtete Diskreditierung der Volksmiliz der LVR durch das Kommando der OOS mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln.

Wir stellen weiter ein Anwachsen der nicht kampfbedingten Verluste unter den Soldaten der ukrainischen Streitkräfte fest.

So hat der Soldat der 72. mechanisierten Brigade Wladimir Krupskij am 10. Januar in betrunkenem Zustand ein ziviles Fahrzeug vom Typ Peugeot gerammt und ist in eine Sandgrube gefahren.

Im Zusammenhang mit den Wetterbedingungen und den Schneeverwehungen auf den Straßen konnte der Krankenwagen nicht rechtzeitig am Ort des Geschehens eintreffen, in der Folge starb Krupskij an Erfrierung und der Fahrer des Peugeots wurde in ernstem Zustand in ein

Krankenhaus eingeliefert.

Trotz der nicht endenden Provokationen des Gegners hält die Volksmiliz der LVR die Minsker Vereinbarungen und ihre Verpflichtungen zur friedlichen Regelung des Konflikts genau ein. Dennoch behalten wir uns im Fall einer militärischen Aggression von Seiten der ukrainischen Streitkräfte das Recht vor, operativ mit Gegenmaßnahmen zu reagieren und eine adäquate Antwort zu geben.

**abends:**

de.sputniknews.com: **Sacharowa kommentiert DJV-Lizenzforderung gegen RT Deutsch**

Die russische Außenamtssprecherin Maria Sacharowa hat sich am Samstag zur Forderung des Deutschen Journalisten-Verband (DJV), die Rundfunklizenz für den Sender RT Deutsch zu verweigern, geäußert.

Mit Blick auf die Kritik vonseiten des DJV schrieb Sacharowa auf Facebook: „Ich erinnere mich daran, dass eine ähnliche Struktur in Deutschland – der Deutsche Lehrerverband – vor drei Jahren vorgeschlagen hatte, ‚Mein Kampf‘ in den Lehrplan aufzunehmen.“

Anschließend bezeichnete sie das Vorgehen des DJV gegen RT ironisch als „demokratischer Alltag“.

Am Freitag hat der Deutsche Journalisten-Verband (DJV) die Landesmedienanstalten aufgerufen, dem russischen TV-Sender RT keine Lizenz für Berichterstattung zu erteilen. Grund dafür: aus Sicht des DJV ist RT „kein Informationsmedium, sondern ein Propagandainstrument des Kreml“. Laut dem DJV-Vorsitzenden Frank Überall hatte RT in der Vergangenheit immer wieder Geschichten erfunden oder tatsächliche Ereignisse einseitig dargestellt.